



Bundesnetzagentur

Energieleitungsplanungsrecht und Regulierungsrecht – Schnittstellen und Abhängigkeiten

Karsten Bourwieg

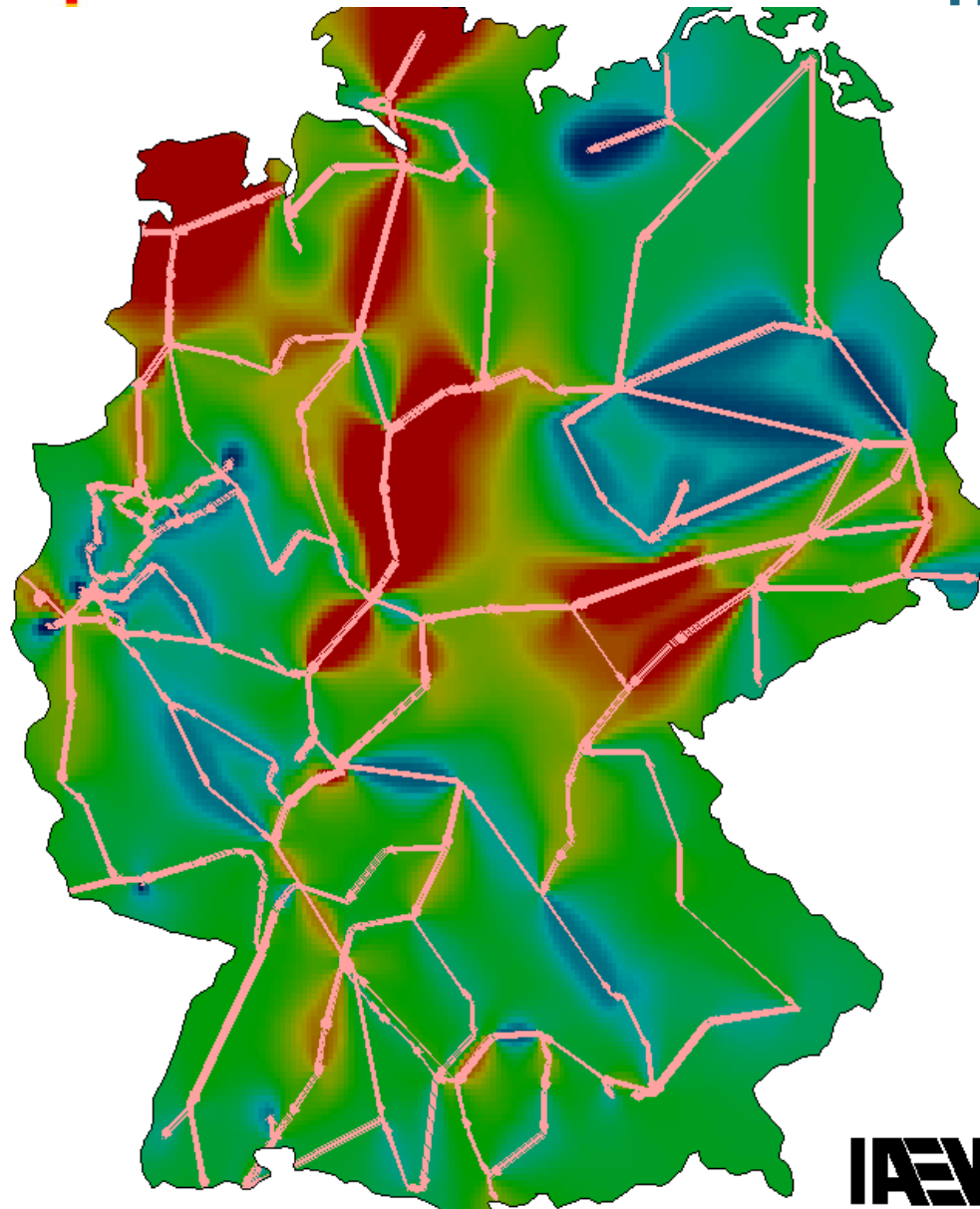
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und
Eisenbahnen

02. November 2009



Bundesnetzagentur

Erforderlichkeit neuer Höchstspannungsleitungen



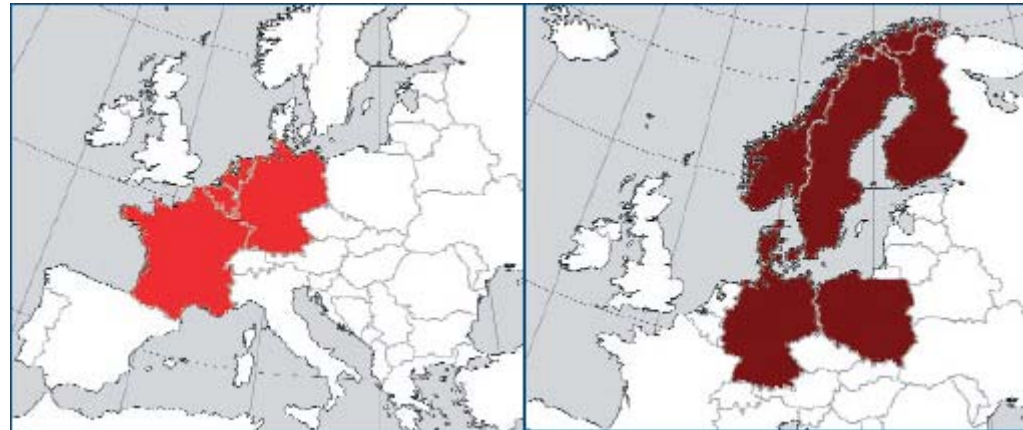
Übertragungsnetze
sind bereits enorm
belastet

Quelle:
Institute for Power Systems
and Power Economics, RWTH
Aachen
University, 2005



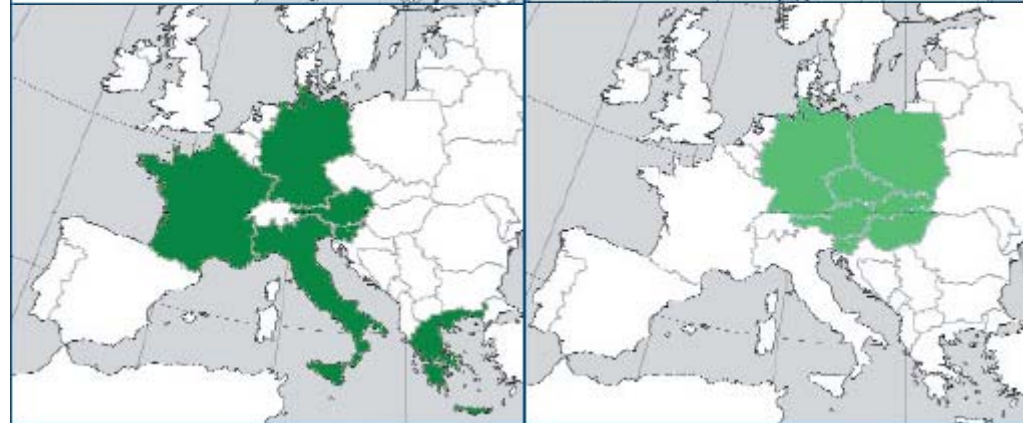
Europäische „Regionalinitiativen“ Deutschland als „Knotenland“

Central
West



North

Central
South



Central
East



Bundesnetzagentur

Berührungspunkte mit der Netzentwicklung – Veränderung der Lastzentren

Geplante Kraftwerke. Mehr Informationen zu den Standorten und Adressen von Initiativen gegen diese Pläne unter www.bund.net/klimaschutz



Stand März 2009



- Wesentlich mehr Verbrauch von Strom in Süden und Mitte Deutschlands
- Trend zu mehr Erzeugung in Norden/Mitte da
 - zunehmende Wind-Kraftwerke, OnShore und ab 2010 OffShore
 - neue konventionelle Kraftwerke am Meer oder entlang Rhein/Ruhr wegen einfacherem Brennstofftransport und höherer Effizienz durch bessere Kühlung
- Mehr Stromtransporte durch Deutschland, weil Strom zu einer „normalen“ Handelsware auf einem europäischen Markt wird
- Gutachten für BNetzA 2008 empfiehlt: Einheitliche Preiszone ohne Engpässe muss durch Netzausbau erhalten bleiben!



Ausgangslage Energieleitungsplanungsrecht im EnWG:

§ 11 EnWG:

Pflicht des Betreibers von Energieversorgungsnetzen zum bedarfsgerechten Netzausbau

§ 12 Abs. 2 EnWG:

Umfassende Kooperationspflicht der ÜNB

§ 12 Abs. 3a EnWG:

Alle 2 Jahre Netzzustands- und Netzausbauplanung der ÜNB

§ 13 Abs. 7 EnWG

Jährlich Schwachstellenanalyse

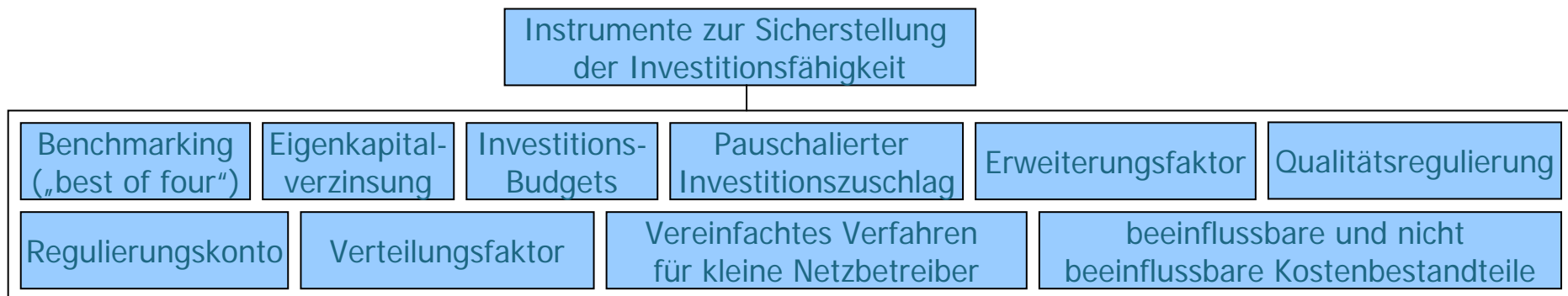
§ 43 ff. EnWG

Planfeststellungsverfahren nur für Hoch- und Höchstspannungsfreileitungen, für Erdkabelprojekte 220/380 kV nach EnLAG, für Erdkabel zur 110kV Anbindung von Offshore Anlagen sowie im 20 km Küstenstreifen



Berührungspunkte Netzentwicklung ↔ Entgeltgenehmigung

- Der Systemwechsel von der Kostenregulierung zur Anreizregulierung hat Einflüsse auf die Rendite für Netzbetreiber / Investoren: zusätzliche Renditechancen aber auch Risiken
- Zahlreiche Instrumente zur Senkung der potentiellen regulatorischen Risiken in der ARegV enthalten





Berührungspunkte Netzentwicklung ↔ Entgeltgenehmigung

1. Jeder Netzbetreiber erhält eine Erlösobergrenze = Summe der maximal erlaubten Einnahmen zur Deckung aller Ausgaben inklusive angemessener Eigenkapitalverzinsung
2. Weil die Erlösobergrenze für fünf Jahre fest ist, müssen Netzbetreiber für **notwendige neue** Investitionen diese nach oben anpassen können: sogenannte Investitionsbudgets für Kapitalkosten.
3. Dies gilt für ÜNB und auch VNB, die u. a. aufgrund der Integration von EEG-Anlagen erhebliche Strukturmaßnahmen vornehmen müssen.
 - Planung der Netze muss aus bestehender Erlösobergrenze erfolgen
 - Für erforderliche Erweiterungsinvestitionen ist Erhöhung um Kapitalkosten möglich



Bestätigte / angeordnete Projekte

§ 23 Abs. 1 Nr. 7 ARegV: Maßnahmen zur Umsetzung der technischen Standards zur Gewährleistung der technischen Sicherheit des Netzes

- auf Grund einer behördlichen Anordnung nach § 49 Abs. 5 EnWG
- wegen bestätigter Notwendigkeit durch die nach Landesrecht zuständige Behörde



Aufgaben der Bundesnetzagentur

Die BNetzA prüft, ob Netzbetreiber ihrer Pflicht zum sicheren Unterhalt des Netzes und zum bedarfsgerechten Ausbau nachkommen =
Anpassung und Erweiterung des Netzes an sich ändernde Aufgaben

UND

Die BNetzA prüft, ob die Kosten für Investitionsbudgets energiewirtschaftlich notwendig und effizient sind.

ABER

Keine formelle Bindungswirkung durch Planfeststellungsbeschlüsse

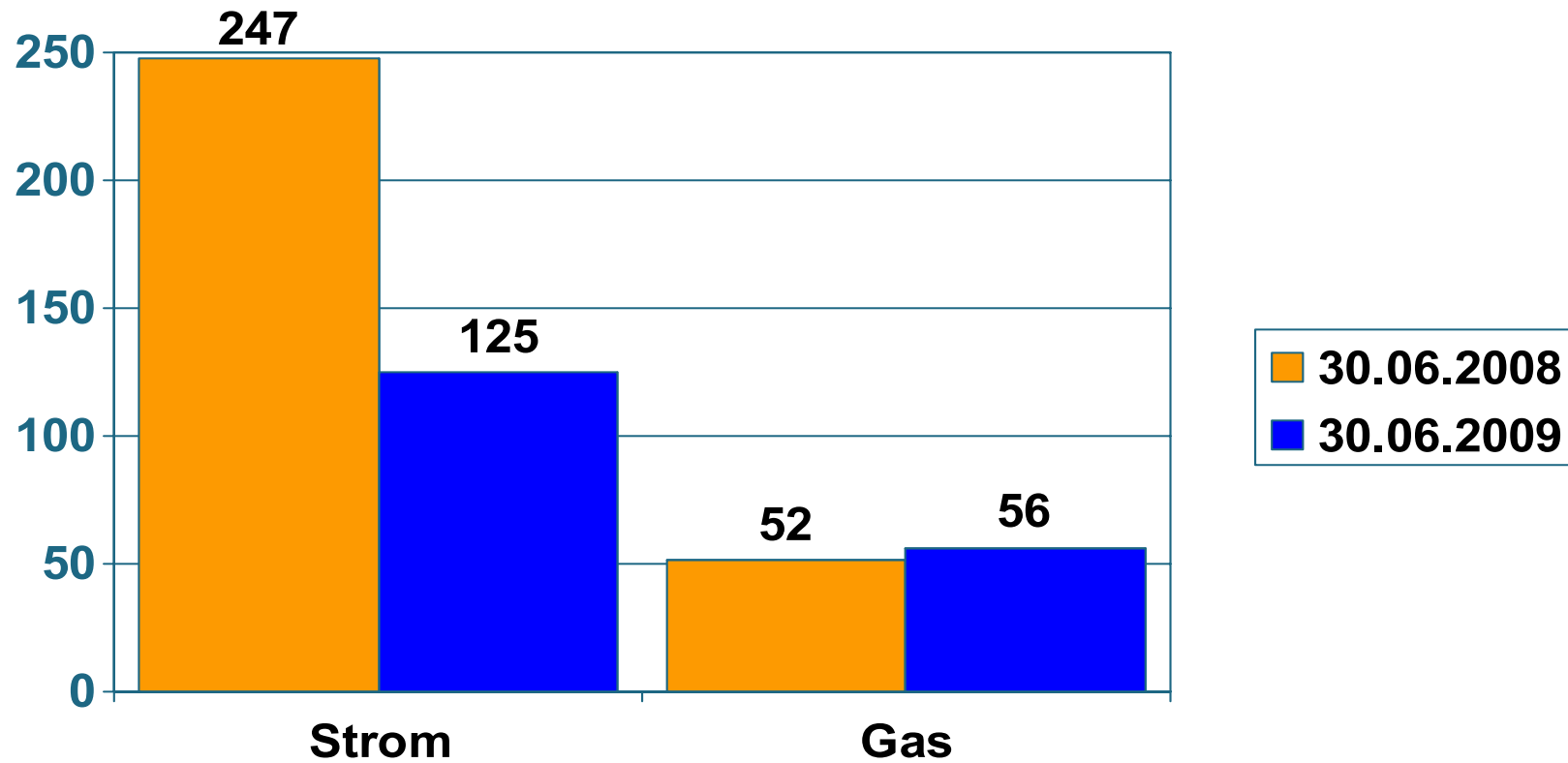
Beteiligung im Rahmen von Planfeststellungsverfahren nach § 73 VwVfG

ALLERDINGS

Faktisch wird keine neue Leitung gebaut, deren Kosten die Bundesnetzagentur nicht über die Investitionsbudgets anerkennt. Diese Kosten werden damit über die Netzentgelte sozialisiert.



Beantragte Projekte

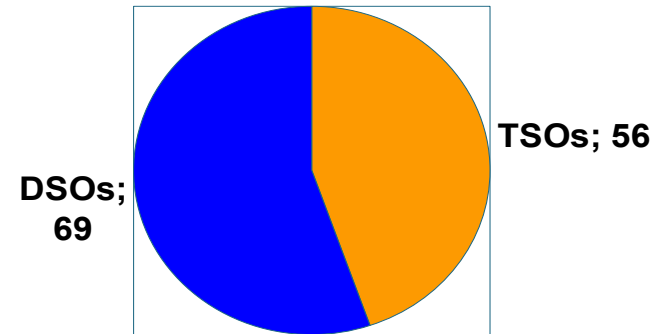
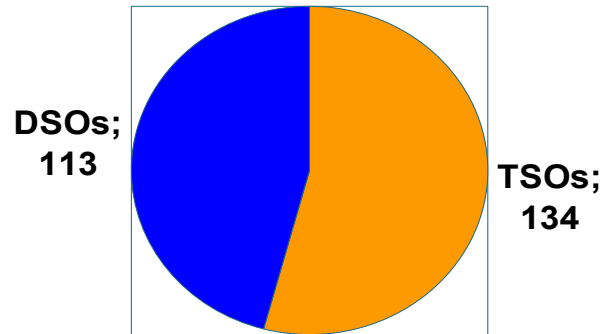


Projekte nach Funktion

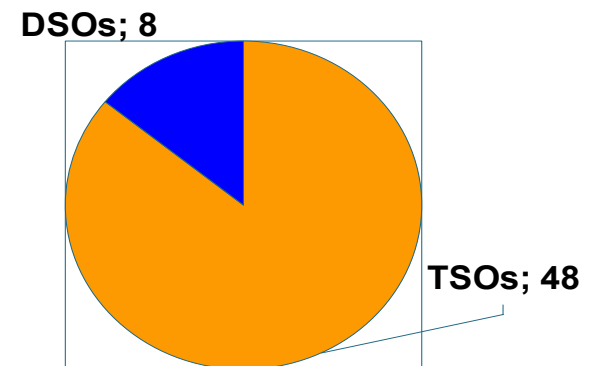
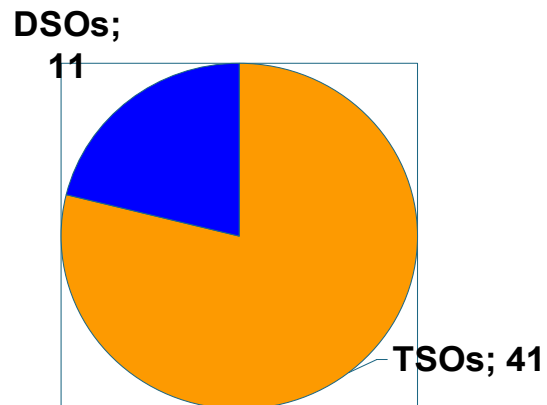
30.06.2008

30.06.2009

Strom

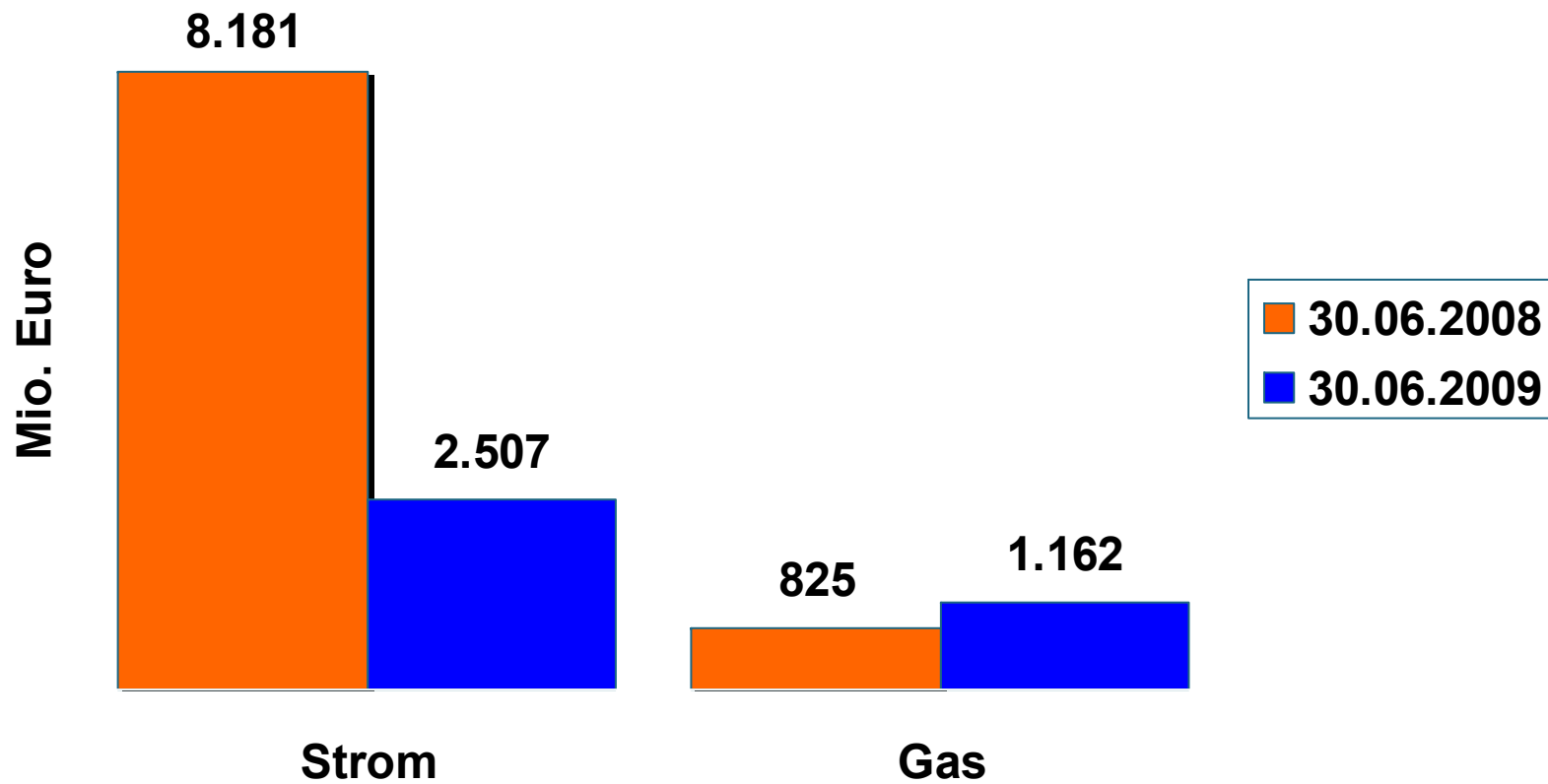


Gas





Beantragtes Volumen

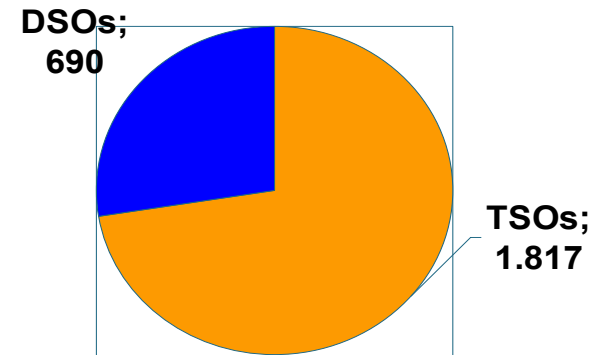
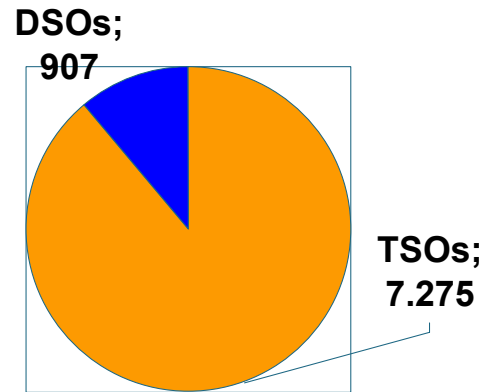


Volumen nach Funktion (Mio. Euro)

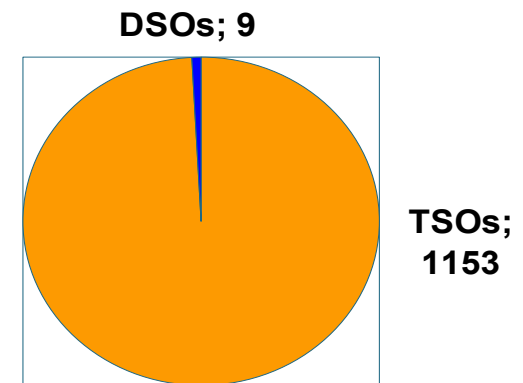
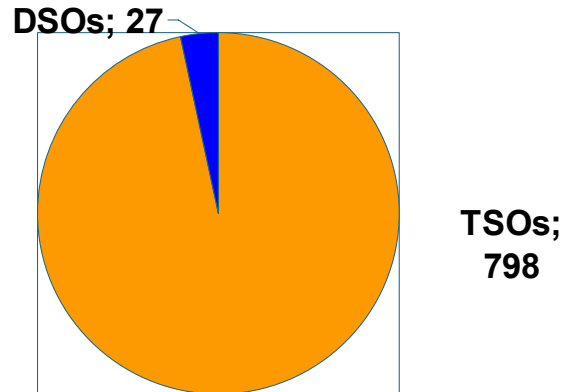
30.06.2008

30.06.2009

Strom



Gas





Überblick beantragte Investitionsbudgets

- **Über wie viel Geld reden wir:**

Ca. 250 Anträge aus 2008 der Übertragungsnetzbetreiber für Vorhaben in 2007-2009 in Höhe von 7,3 Milliarden €

- **Ist das viel oder wenig ?**

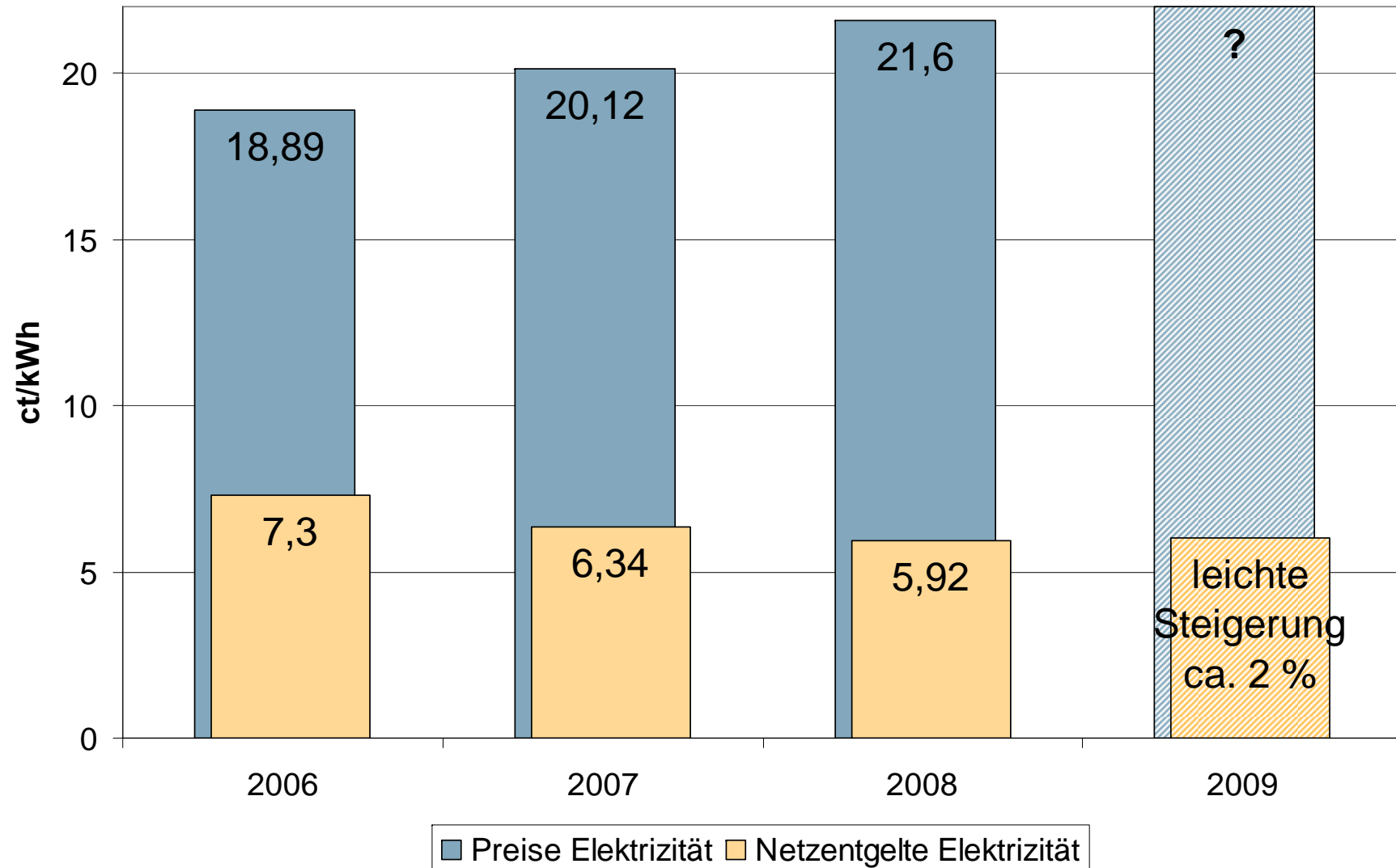
- Die Erlösobergrenzen aller ÜNB liegen in der Größenordnung von zusammen 3 Milliarden € pro Jahr
- Die Restwerte des vorhandenen Anlagevermögens aller ÜNB liegen in der Größenordnung von zusammen 5 Milliarden €

- **Kommt da noch was drauf ?**

- Ja, die neuen Trassen der EnLAG-Pilotprojekte sind da zu erheblichen Teilen noch nicht enthalten (ca. 0,5 Mrd. € als Freileitung, 1 Mrd. € als Teilverkabelung und mindestens 2 Mrd. € als Vollverkabelung).
- Ist es trotzdem sinnvoll, die Mehrkosten für das Kabel auszugeben? „Es kostet ja nur ca. 0,04 cent/kWh.“
- Bis zum Jahr 2020 sind nach BDEW-Angaben rund 40 Milliarden Euro Investitionen allein in die Stromnetze erforderlich



Aktuelle Entwicklung der Netzentgelte





10-Jahres-Netz-Entwicklungspläne Regelungen des 3. Energiepakets (1)

Abgestuftes System von nationalen (jährlich), regionalen und EU-weiten Investitionsplänen (alle 2 Jahre):

- Netzentwicklungsplanung nur für den ITO in Art. 22 (2009/72) verbindlich ausgestaltet
- 10-Jahres Netzentwicklungsplan für ISO in Art.14 (2009/72) genannt
- EU nimmt an, eigentumsrechtlich entflochtene Netzbetreiber planen aus eigenem Interesse transparent und umfassend – keine Regelungen für FOU national



10-Jahres-Netz-Entwicklungspläne Regelungen des 3. Energiepakets (2)

- ENTSO-E hat nach Art. 8 (3) b) (VO 714/2009) die Pflicht zur Vorlage einer europaweiten Bedarfsanalyse und eines Netzentwicklungsplans
- Dieser beruht auf den „nationalen Netzentwicklungsplänen“ (Art. 8 Abs. 10 VO 714/2009) sowie gemeinschaftlichen Netz-Aspekten einschließlich TEN-E-Leitlinien
- Umfang: Modellierung des integrierten Netzes, Entwicklung von Szenarien, europäische Prognose zur Angemessenheit von Stromerzeugung/ Gasangebot und Bewertung der Netz-Belastbarkeit
- Identifikation von Engpässen und Investitionslücken, insb. Inter-konnektoren ggf. auch Analyse der Hemmnisse für die Inter-konnektor-Ausbau infolge unterschiedlicher Genehmigungsverfahren



10-Jahres-Netz-Entwicklungspläne Regelungen des 3.Energiepakets (3)

- **Nationale Investitionspläne**
 - ÜNB/FNB konsultieren Plan-Entwurf mit Marktteilnehmern
 - Regulierungsbehörde konsultiert Netznutzer, kann Änderungen an Plan-Entwurf verlangen
 - Regulierungsbehörde überwacht Durchführung, ggf. **Intervention bei Nichtumsetzung** binnen 3 Jahren durch:
 - Verpflichtung zur Investition,
 - Projekt-Ausschreibung (Ersatzvornahme?)
 - Verpflichtung zur Kapitalerhöhung



Regelungen des 3.Energiepakets Wirkungen auf Regulierung heute

- Nationale Investitionspläne nach Art. 22 entstehen unter „Mitwirkung der Regulierungsbehörde
- „gemeinschaftsweiter Netzentwicklungsplan“ ausdrücklich nicht verbindlich
- §23 Abs.1 ARegV: Verhältnis zur Genehmigung von Investitionsbudgets?
- §23 Abs. 4 ARegV: Verhältnis zur Referenznetzanalyse?
- §§65 i.V.m. 11 EnWG: Instrumente aufgrund Art. 22 Abs. 7 konkretisieren?



Bundesnetzagentur

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!